Erscheint wöchentlich 4 Mal: **Dienstag** und **Freitag früh**, **Mittwoch** und **Sonnabend Mittag**. Pränumerations=Preis für Einheimische 18 Sgr., mit Botenlohn 19 Sgr.; Auswärtige zahlen bei den Königl. Post=Anstalten 21 Sgr. 3 Pf.



Insertionen werden bis **Montag** und **Donnerstag Abends** 5 **Uhr**, **Mittwoch** und **Sonnabend** bis **Vormittags** 10 **Uhr** in der Expedition angenommen, und kostet die einspaltige Corpus=Zeile oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf.

Thorner Wochenblatt.

№ 143. **Mittwoch, den 11. September.** **1867**

Preußische Sieges=Chronik 1866.

(Fortsetzung)

10\. Sept. Das Herrenhaus ertheilt dem Gesetzentwurfe betreffend die Vereinigung von Hannover, Hessen, Nassau und Frankfurt mit Preußen in der vom Abgeordnetenhause beschlossenen Fassung seine verfassungsmäßige Zustimmung. (Der preußische Staat erfährt also eine Gebietserweiterung von nahe 1000 Quadratmeilen.)

12\. Sept. Der Entwurf eines Wahlgesetzes für den Reichstag des norddeutschen Bundes wird im Abgeordnetenhause nach den Commissionsvorschlägen mit großer Majorität angenommen.

(Fortsetzung folgt.)

Eröffnung des norddeutschen Reichstages.

Berlin, den 10. September. Heute Mittag hat im Weißen Saale des königlichen Schlosses die Eröffnung der Session des ersten ordentlichen Reichstags stattgefunden. Für die evangelischen Mitglieder war ein Gottesdienst in der Schloßkapelle, welchem der König mit dem Hofe anwohnte, für die katholischen Mitglieder eine Messe in der St. Hedwigskirche vorhergegangen. Um 1½ Uhr begann sich der Saal zu füllen; bald darauf durchschritt ihn auf dem Wege von der Kapelle zur Rothen Sammetkammer der König mit seinem Gefolge, dabei in kurzen Gesprächen einige der Anwesenden auszeichnend. Die Bundeskommissarien, an ihrer Spitze der Bundeskanzler Graf Bismarck mit der Thronrede, und der sächsische Staatsminister Freiherr v. Friesen, nahmen vor den Sesseln links vom Throne Aufstellung; die Minister traten in das Gros der Versammlung zurück, welche vorwiegend glänzende Uniformen und nur vereinzelt den schwarzen Frack aufwies. Bald nach 1 Uhr verließ Graf Bismarck den Saal, um dem Könige, welcher inzwischen in der Rothen Sammetkammer verweilt hatte, zu melden, daß die Versammlung geordnet sei; er kehrte gleich darauf zurück. Dicht hinter ihm betrat der König, den Helm im Arme und gefolgt von den Prinzen, den Saal. Der Alterspräsident von Frankenberg=Ludwigsdorf rief: „Seine Majestät König Wilhelm lebe hoch!" in welches Hoch die Versammlung dreimal begeistert einstimmte. Der König bestieg den Thron, zu dessen Rechten die Prinzen sich aufstellten, und verneigte sich dreimal gegen die Versammlung. Der Bundeskanzler Graf Bismarck trat nunmehr vor und überreichte unter Verbeugung dem Könige die Thronrede; dieser bedeckte sein Haupt und verlas darauf mit lauter und kräftiger Stimme, ohne übrigens einzelne Stellen durch stärkere Betonung besonders hervorzuheben, die nachfolgende Thronrede:

Erlauchte, edle und geehrte Herren vom Reichstage des norddeutschen Bundes!

Bei dem Schlusse des ersten Reichstages des Norddeutschen Bundes konnte ich die Zuversicht aussprechen, daß die Volksvertretungen der einzelnen Bundesstaaten dem, was der Reichstag in Gemeinschaft mit den Regierungen geschaffen hatte, ihre verfassungsmäßige Anerkennung nicht versagen würden. Es gereicht Mir zu großer Genugthuung, Mich in dieser Zuversicht nicht getäuscht zu haben. In allen Bundesstaaten ist die Verfassung des Norddeutschen Bundes auf verfassungsmäßigem Wege Gesetz geworden. Der Bundesrath hat seine Thätigkeit begonnen und somit kann Ich heute in Meinem und Meiner hohen Verbündeten Namen mit freudiger Zuversicht, den erstn auf Grund der Bundesverfassung versammelten Reichstag willkommen heißen.

Für die Ordnung der nationalen Beziehungen des Bundes zu den süddeutschen Staaten ist unmittelbar nach Verkündung der Bundesverfassung ein wichtiger Schritt geschehen. Die deutsche Gesinnung der verbündeten Regierungen hat für den Zollverein eine neue, den veränderten Verhältnissen entsprechende Grundlage geschaffen und dessen Fortdauer gesichert. Der deshalb abgeschlossene und dem Bundesrathe genehmigte Vertrag wird Ihnen vorgelegt werden.

Der Haushaltsetat des Bundes wird einen hervorragenden Gegenstand Ihrer Berathungen bilden. Die sorgfälige Beschränkung der Ausgaben auf den nothwendigen Bedarf wird es gestatten, beinahe drei Viertheile derselben durch die eigenen Einnahmen des Bundes zu bestreiten, und die vorsichtige Veranschlagung dieser Einnahmen leistet dafür Gewähr, daß die im Etat vorgesehenen Beiträge der einzelnen Bundesstaaten zur Deckung der Gesammt=Ausgabe vollständig genügen werden.

Dem Bundesrathe sind Gesetz=Entwürfe vorgelegt und verheißen, welche den Zweck haben, auf den verschiedenen Gebieten der Bundesgesetzgebung das zu ordnen, dessen Ordnung der Augenblick erfordert und die Zeit gestattete. Ein Gesetz über die Freizügigkeit soll die weitere Entwickelung des durch die Verfassung begründeten gemeinsamen Indigenats anbahnen. Ein Gesetz über die Verpflichtung zum Kriegsdienste soll dieses gemeinsame Indigenat für das Heer zur Geltung bringen und zugleich die Bestimmungen übersichtlich zusammenfassen, welche in der Verfassung theils selbstständig, theils durch Hinweisung auf die Gesetzgebung Preußens über die Dienstpflicht getroffen sind. Ein Gesetz über das Paßwesen ist dazu bestimmt, veraltete Beschränkungen des Verkehrs aus dem Wege zu räumen und die Grundlage zu einer, dem nationalen Interesse entsprechenden Vereinbarung zwischen dem Bunde und den Süddeutschen Staaten zu bilden. Eine Maaß= und Gewichts=Ordnung hat die Aufgabe, das Maaß= und Gewichtswesen des Bundes übereinstimmend und in einer für den internationalen Verkehr

Berlin.

(Schluß.)

Nach dem Alter der Personen findet man, daß unter 15 Jahren 177,422 Personen vorhanden sind; in dem Alter von 16—24 Jahren 123,626; von 24—50 Jahren 251,059; von 50—100 Jahren 77,390. Es ist dies insofern wichtig, als man daraus ersieht, daß das kräftigste Alter, in dem Etwas geleistet werden kann, und in dem man im Stande ist selbstständig zu sorgen, vorherrscht. Man behauptet gewöhnlich, daß man in Städten rascher lebe als auf dem Lande, und daß das Alter der Menschen in den Städten nicht hoch komme. 80 Jahre ist ein hohes Alter. In Berlin sind Personen über 80 Jahr alt vorhanden 1536, über 90 Jahr 163 und von 100 Jahren 1 Person.

Eine interessante statistische Thatsache ist, daß nach Ausweis der Geburtslisten die Zahl der Knaben, die geboren werden, größer ist als die Zahl der Mädchen. Auf 21 Mädchen kommen 22 Knaben. Demnach müßte durchschnittlich das männliche Geschlecht vorherrschen. Dem ist aber nicht so; denn die Knaben sterben zahlreicher als die Mädchen; der männliche Körper wird durch Arbeit mehr mitgenommen als der weibliche, so daß nach einem gewissen Alter die Frauen das Uebergewicht haben. Bis 50 Jahr herrscht das männliche Geschlecht vor, und zwar in der Weise, daß 276,492 Männer auf 265,660 Frauen gezählt werden. Nach 50 Jahren aber wird die Zahl der Frauen größer. Ueber 80 Jahre giebt es nur 507 Männer, dagegen 1029 Frauen; über 90 Jahre 58 Männer, dagegen 105 Frauen, und die Person von 100 Jahren ist eine Frau.

Bezüglich des ehelichen und Familienverhältnisses stellt sich heraus, daß niemals die Zahlen der Männer mit denen der Frauen übereinstimmen. Es erklärt sich dies daraus, daß viele Personen auswandern und dann nicht mitgezählt werden; auf diese Weise findet sich, daß entweder mehr Männer oder mehr Frauen vorhanden sind, ohne daß deswegen die Aufnahme eine unrichtige ist. Die Mädchen verheirathen sich vom 16. Jahre an, und die jungen Männer vom 24. Jahre ab. In Berlin giebt es nun 94,813 verheirathete Männer und 95,300 verheirathete Frauen; es müssen demnach viele Männer abwesend sein. Wittwer giebt es nur 5939 und Wittwen 24,225. Es ist dies damit erklärlich, daß die Männer sich bald wieder eine Frau nehmen, während die verwittweten Frauen sich sehr schwer wieder verheirathen. Geschiedene Männer giebt es 204, geschiedene Frauen 1478. In Procenten ausgedrückt waren verheirathet 30,21 pCt., unverheirathet 68,79 pCt. Bezüglich des Lebens in Familienverbindung gab es 130,671 Familienhaushaltungen, einzellebende Personen 69,390, davon 52,712 Männer und 16,678 Frauenzimmer. Personen in Extrahaushaltungen, das heißt in Gefängnissen, Armenanstalten, Krankenhäusern, überhaupt solche, die in öffentlichen Anstalten, sei es zwangsweise oder freiwillig, untergebracht sind, giebt es 8116 männliche und 2987 weibliche. Eigentliche Familienglieder giebt es 475,675 Seelen oder 78 pCt. der Gesammtbevölkerung; Burschen, Gesellen, Gehilfen und Gehilfinnen 16,520 Personen oder 2,71 pCt.; den Rest bilden mit 2,72 pCt. die Chambergarnisten. Diese Zusammensetzung ist für den geistigen und sittlichen Habitus einer Bevölkerung bezeichnend. Von den obengenannten einzelnlebenden 16,678 weiblichen Personen dürfte ein großer Theil seinen Erwerb nicht auf die sittlichste Weise betreiben, und dieser nicht gerade das beste Element sein. Nach den Ermittelungen der Polizei giebt es 990 eingeschriebene Frauenzimmer, die sich regelmäßig untersuchen lassen müssen, außerdem sind 9929 vorhanden, welche wegen Verdachts untersucht worden sind, ohne daß sie sich regelmäßig wieder zu stellen brauchen, also zusammen 10,919 Personen, die dieses Gewerbe treiben. Man kann aber noch eine große Zahl hinzunehmen, die die Polizei nicht in die Hände bekommt. Nach Vergleichung mit anderen Städten (so treiben sich z. B. in London allnächtlich etwa 40,000 Frauenzimmer auf den Straßen herum) kann man die Zahl der Personen dieses Charakters nahezu auf das Doppelte rechnen, also auf 20,000.

Woher stammen die Berliner? welches ist der Ursprung der Berliner Bevölkerung? Ein großer Theil ist nicht in Berlin geboren. Von der Gesammtbevölkerung stammen aus Berlin 302,304 Personen oder 49,18 pCt.; aus Preußen excl. der neuerworbenen Länder 269,499 oder 44,38 pCt.; aus den übrigen Ländern Deutschlands 31,205 oder 5,14 pCt.; und aus nichtdeutschen Ländern 0,70 pCt. Berlin ist also eine vorzüglich preußische Stadt, indem die eine Hälfte wirklich geborne Berliner sind, fast die andere Hälfte aus Preußen besteht, und eine ganz geringe Zahl Nichtpreußen und noch nicht einmal ein Procent Nichtdeutsche sind.

Von den vorhandenen 130,671 selbstständigen Haushaltungen haben direct gemiethete Wohnungen 123,388 mit ebensoviel Familienhäuptern; die übrigen 7283 mit 15,357 Personen sind Aftermiether. Von den Familienhäuptern mit directen Wohnungen sind 40,099 oder 32,5 pCt. in Berlin, und 83,289 oder 67,5 außerhalb Berlin geboren. Man ersieht daraus, daß das eingewanderte Element unter der erwachsenen Personen das Berliner überwiegt. Diese Erscheinung kommt in allen Städten vor, die, wie Berlin, die

förderlichen Weise zu regeln. Die Eigenschaft der Post, als eines Bundes-Instituts, macht gesetzliche Anordnungen über das Postwesen und den Portotarif nothwendig. Die Errichtung von Bundes-Konsulaten erfordert die gesetzliche Feststellung der mit Ausübung dieses Amtes verbundenen Rechte und Pflichten. Die Einheit der Handelsmarine bedarf einer Grundlage durch ein Gesetz über die Nationalität der Kauffahrteischiffe.

Ich hoffe, daß diese Gesetze, welche einen ersten aber entschiedenen Schritt zum Ausbau der Bundesverfassung bezeichnen, Ihre und des Bundesrathes Zustimmung finden werden.

Die Ueberzeugung, daß die große Aufgabe des Bundes nur zu lösen ist, wenn durch allseitiges Entgegenkommen die besonderen mit dem allgemeinen und nationalen Interesse vermittelt werden, hat die Berathungen geleitet, aus welchen die Bundesverfassung hervorgegangen ist. Sie hat in den Verhandlungen des Bundesrathes von Neuem ihren Ausdruck gefunden, und sie wird, wie Ich zuversichtlich erwarte, auch die Grundlage Ihrer Berathungen bilden.

In diesem Sinne, geehrte Herren, legen Sie Hand an den Ausbau des durch die Bundesverfassung begründeten Werkes. Es ist eine Arbeit des Friedens, zu welcher Sie berufen sind, und Ich vertraue, daß, unter Gottes Segen, das Vaterland sich der Früchte Ihrer Arbeit in Frieden erfreuen werde."

Zur Situation.

Die friedlichen Erklärungen von Paris und Wien. Es ist gerade nicht sehr angenehm, wenn die Kabinette von Paris und Wien erst durch ausdrückliche Erklärungen verkünden müssen, daß sie friedliche Gesinnungen hegen, sich nicht in Dinge mischen wollen, die sie nichts angehen, und dergleichen mehr. Es wäre offenbar viel verständiger gewesen, die öffentliche Stimmung nicht erst durch den Anschein geheimer Anzettelungen zu beunruhigen, die mit vieler Ostentation in Scene gesetzt wurden, und über welche man den abenteuerlichsten Gerüchten eine Zeit lang den freiesten Lauf ließ. Es sah so aus, als fühlte man eine Weile eine gewisse Befriedigung über die von allen Seiten laut werdenden Befürchtungen; man entnahm daraus mit einem gewissen Vergnügen, daß man denn doch noch für nicht zu ohnmächtig gehalten werde, nachträglich gegen die Ergebnisse des Jahres 1866 noch etwas auszurichten. Man hätte sich aber vielmehr im Voraus den Rückschlag vorstellen müssen, den es üben muß, wenn man dem dringenden allgemeinen Friedensbedürfniß gegenüber dann doch den Kredit, den man etwa gefunden, selbst zerstören, den leichtfertig angestifteten Rauch ohne Feuer wegfegen und nach allen Seiten versichern muß, daß der Berg nur eine Maus geboren.

Die preußische Regierung hat übrigens die von dem Pariser und Wiener Kabinet abgegebenen Erklärungen bestens acceptirt und dies, wie die „Weserztg." meldet, auch ihrerseits in einem Rundschreiben an die preußischen Vertreter im Auslande, welches vom 2. September datirt ist, nnd die Lage als eine durchaus friedliche bezeichnet, kundgegeben. Die Mittheilungen Oesterreichs sind hier nicht gleichzeitig mit dem französischen Cirkular, sondern etwas später auf mündlichem Wege erfolgt. Neuer Stoff zu Mißhelligkeiten mit Frankreich wird sich freilich gelegentlich immer wieder einstellen, da dieses noch immer behauptet, als Vermittler des Prager Friedens auch ein Recht der Kontrolle über dessen Ausführung zu besitzen. Dieses wird hier entschieden bestritten, natürlich noch stärker in Beziehung auf die deutschen Angelegenheiten, als auf Dänemark. Inzwischen hat die Thronrede des Großherzogs von Baden bereits den Beweis gegeben, daß die Drohung mit französischer Einmischung, welche die Salzburger Zusammenkunft durchscheinen ließ, die entgegengesetzte Wirkung geübt hat. — In der „Weserztg." wird wiederholt darauf hingedeutet, daß die süddeutschen Fürsten dem König während seiner Anwesenheit auf der Burg Hohenzollern einen Besuch abstatten werden. Dies wäre denn eine sehr friedliche, aber doch nicht mißverständliche Antwort auf die Salzburger Zusammenkunft.

— **Die Thronrede** des Großherzogs von Baden hat in Paris (d. 7.) wie sich denken läßt, keinen angenehmen Eindruck gemacht, und den Jubel über das viel gepriesene Fröbel'sche Programm sehr abgekühlt. Die Korrespondenz Havas, deren Beziehungen zur Regierung bekannt sind, bedauert diese Rede in einem besonderen Artikel als zuwiderlaufend den Zwecken des Friedens, welche die beiden Kaiser in Salzburg im Auge gehabt, nnd sogar als eine Verletzung des Prager Vertrages. Sie spricht schließlich die Hoffnung aus, daß die erwartete Thronrede des Königs Wilhelm größere Zurückhaltung als die seines Schwiegersohns beobachten und der Mäßigung Frankreichs mehr Rechnung tragen werde. Die „Epoque" nennt die Worte des Großherzog ein deutsches Manifest, welches alle Reden des Herrn Rouher und alle Noten des Herrn Moustier zu Schanden mache. Auch die „Gazette de France" und der „Temps" verhehlen sich nicht, daß die badische Thronrede alle Theorien von der Mainlinie über den Haufen wirft.

— **Zur nordschleswigschen Frage.** Dem „Dresd. Journal" berichtet man aus Wien vom 2. Sept.: Das preuß. Cabinet hat sich der dänischen Regierung gegenüber geneigt erklärt, auf die in der Note des Grafen Frijs vom 20. Juli enthaltenen Vorschläge, um unter directer Verständigung Preußens und Dänemarks die Ausführung des die nordschleswigsche Angelegenheit betr. Art. 5 des Prager Friedens anzubahnen, einzugehen. Vorgeschlagen werden directe und vertrauliche Verhandlungen in Berlin auf Grundlage der Gutachten, welche der Verhältnisse kundige Personen, zu diesem Zwecke berufen, sowohl in Betreff der von Preußen angeregten Garantien, als der Ziehung der Theilungslinie abgeben werden.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Berlin. Polizeipräsident v. Leipziger ist zum kommissarischen General-Polizeidirektor von Hannover ernannt. Sein Vorgänger v. Steinmann ist als Hülfsarbeiter in das Ministerium des Innern nach Berlin berufen worden.

— Der neue Oberpräsident für Hannover, Graf Otto zu Stolberg-Wernigerode, „der regierende", ist bereits in Berlin gewesen und hat Besprechungen mit den Ministern gehabt. Seine Ernennung zum Oberpräsidenten von Hannover scheint festzustehen. Da über die bisherige politische Thätigkeit des Herrn Grafen unsern Lesern Nichts bekannt sein dürfte, so geben wir, was wir davon haben erfahren können. Graf Otto zu Stolberg ist, nach dem Gothaischen Kalender, am 30. Oktober 1837 geboren. Seine politische Laufbahn eröffnete er im laufenden Jahre damit, daß er sich bei den vorletzten Wahlen in dem Wahlkreise Oschersleben-Halberstadt-Wernigerode zum Reichstagsmitgliede wählen ließ. Bei der diesmaligen Wahl unterlag er in demselben Wahltreis gegenüber dem frühern Justizminister v. Bernuth. Im Reichstage gehörte der Graf Stolberg zu der Fraction der Conservativen; das bekannte, vom Reichstag abgelehnte Amendement, betr. die Friedensstärke des Heeres, trägt seinen Namen. Gesprochen hat Graf Otto zu Stolberg einmal, und zwar am 2. März, Folgendes: „Der Herr Abg. Born hatte seinen Zettel hier abgegeben und hat dann seinen Namen zum zweiten Mal aufrufen hören. Er ist darauf herangetreten und hat erklärt, daß er seinen Zettel bereits abgegeben habe." — Sonst wissen wir Nichts von dem Grafen Otto zu Stolberg zu berichten. Die in Hannover erscheinende regierungsfreundliche „Zeituug für Norddeutschland" schreibt übrigens zu der Meldung der „Kreuzzeitung": „Diese Lösung des Räthsels der „Prov.-Corr." hätte schwerlich Jemand gefunden, ohne daß sie ihm gesagt wäre. Graf Stolberg-Wernigerode mag alle Eigenschaften besitzen, welche die „Prov.-Corr." rühmend in Aussicht stellt; in der Provinz Hannover ist er bisher absolut unbekannt. Die einzigen zwei Fälle, wo sein Name hier genannt wurde, waren einmal der nunmehr durch Vergleich beigelegte Prozeß gegen die Krone Hannover, nachher Preußen, um das Amt Elbingerode; sodann die plötzliche Schließung des Brockenhauses für das reisende Publikum bei erwartetem Besuche Sr. Königliche Hoheit des Kronprinzen: ein Fall, der seiner Zeit lebhafte Expectorationen des betroffenen „Publikums" hervorrief.

— Gegenüber der Nachricht, daß Preußen mit Oesterreich und Frankreich auf der Grundlage einer Herabsetzung des Weinzolles auf $2^2/_3$ Thaler die handelspotitischen Unterhandlungen wieder aufnehmen wolle, verfehlt man in Wien nicht, offiziös anzudeuten, daß Oesterreich an seiner Forderung, den Zoll auf $2^1/_2$ Thlr. herabzusetzen, festhalten nnd hierin französischerseits Unterstützung finden werde. Ein offiziöser Korrespondent der „Debatte" hat es übernommen, für diese 5 Sgr. zu plaidiren, denen übrigens schwerlich die Schuld beizumessen sein würde, wenn die Absicht der Verständigung scheitern sollte. Uebrigens hat, wie der erwähnte Korrespondent hervorhebt, Oesterreich in Bezug auf die Fortdauer des Appreturverfahrens (Veredelungsverkehrs) nachgegeben, auch biete die Frage wegen der türkischrothen Garne keine Schwierigkeiten mehr, nur die Weinzollfrage stehe der im Art. 13 des Prager Friedens vorgesehenen Revision des Aprilvertrages von 1865 im Wege. Offenbar hat Oesterreich ein lebhaftes Interesse, mit der Revision jenes Vertrages zu Stande zu kommen, da hiervon die endliche Feststellung seines Tarifs abhängig ist. Da auch auf preußischer Seite an dem ernstlichen Wunsche, durch die Revision jenes Vertrages erweiterte beiderseitige Verkehrserleichterungen herbeizuführen, nicht zu zweifeln ist, so dürfte auf dieser Seite das Terrain keine erheblichen Schwierigkeiten mehr bieten. Wie es mit Frankreich steht, darüber fehlt es an jeder Andeutung.

— Ueber das dem Bundesrathe vorgelegte Bundesbudget für Militär und Flotte bringt das „Fr. Journ." folgende nähere Angaben: „Der Militäretat, d. h. der Etat für das Landheer, sollte oder könnte betragen (300,000×225 Thlr.) $67^1/_2$ Millionen. Hiervon geht jedoch diejenige Summe ab, welche die kleineren Staaten dadurch ersparen, daß sie in Folge der von ihnen mit Preußen abgeschlossenen Verträge die verfassungsmäßig festgesetzte Summe von 225 Thalern pro Kopf für Erste noch nicht vollaus zu entrichten haben, welche Ersparniß sich pro 1868 im Ganzen auf etwa 1,200,000 Thlr. belaufen dürfte. Hiernach ist also die wirkliche Höhe des Bundes-Militäretats pro 1868 zu bemessen. Neben diesem Ordinarium begegnet man keinen weiteren Ausgaben für das Landheer im Budget; ein sogenanntes Extraordinarium, wie man ein solches stets im preußischen Budget zu finden gewohnt war, ist also nicht vorhanden. Der Etat für die Marineverwaltung, welcher sich an den Etat für das Landheer selbständig anschließt, beträgt stark 5 Millionen Thaler, und die Ausgaben für Heer und Marine zusammen würden hiernach pro 1868 also die Summe von circa 72 Millionen Thaler erreichen." Da außer dieser beiden Etats auf dem ersten Bundesbudget nur noch die Ausgaben für Bundesrath, Reichstag, Bunkanzleramt und Bundeskonsulate figuriren, die Bundeskonsulate aber 1868 noch in der ersten Organisation begriffen sein werden, so dürfte der Betrag, um welchen das gesammte Ausgabebudget obige 72 Millionen übersteigt, nicht sehr erheblich sein.

— Der Reichtag wird zählen: 4 preuß. Minister (v. Roon, v. Mühler, v. d. Heydt, Graf Itzenplitz), 3 preuß. Generale (Vogel v. Falckenstein, zweimal, Moltke, Steinmetz), 39 Regierungsbeamte, darunter 20 Landräthe, 25 Justizbeamte, 13 Bürgermeister und andere städtische Beamte, 8 Staats- resp. Gerichtsanwälte, 10 Rechtsanwälte resp. Notare, 31 Beamte, Militärs a. D., 6 Professoren, 7 Doctoren der Philosophie, Schriftsteller 2c., 2 Aerzte, 4 Geistliche, 2 Banquiers, 3 Commerzienräthe, 3 Kaufleute, 1 Buchhändler, 1 Handwerker, 1 Apotheker, 1 Lehrer, 1 Oberst, 8 Particuliers und 80 Gutsbesitzer. — Die mehrfach gewählten Männer sind hier nur eimal gerechnet, die 26 engere Wahlen sind nicht berücksichtigt. Die Versammlung zählt 1 Prinzen (die Wahl des Prinzen Albrecht ist noch nicht officiell), 2 Herzöge, 4 Fürsten, 28 Grafen, 15 Freiherrn, 75 Adelige und 130 Bürgerliche.

— In Betreff der Nachwahlen schreibt die „Nat.-Lib. Corr.": „Wenn die Zusammensetzung des Reichstags im Ganzen die gleichen Parteiverhältnisse darbietet, wie der erste constituirende Reichstag, so sind doch im Personal, namentlich der liberalen Parteien, erhebliche Veränderungen eingetreten. Mehrere selbst der hervorragendsten Mitglieder sind bis jetzt nicht wiedergewählt worden. Professor Gneist, der nicht nur als Rechtslehrer und Schriftsteller über Verfassungs- und Verwaltungssache eine ausgezeichnete Stellung einnimmt, sondern auch in der Zeit des Conflicts eine leitende Rolle spielte, und noch durch seine Schrift über die freie Advokatur sich ein neues glänzendes Verdienst erworben hat, ist in einem pommerschen Wahlbezirk dem conservativen Candidaten unterlegen. Der Präsident Lette, der seit 1848 beständig den deutschen wie den preußischen Parlamenten angehört hat, der als Präsident des Revisions-Collegiums eine hervorragende Stellung unter den mehr und mehr verschwindenden Resten des älteren Beamtenthums einnimmt, der sich durch seine zwanzigjährige Theilnahme an allen humanen Bestrebungen zur geistigen und materiellen Hebung des Volkes große Verdienste und Popularität erworben hat, ist aus seinem alten Wahlkreise (Königsberg in der Neumark) verdrängt worden. In Reichenheim, der in Waldenburg der Coalition der Conservativen und Socialisten unterlegen ist, vermissen wir unter den wenigen großen Industriellen, welche bisher unserem parlamentarischen Leben gewonnen sind, einen von den wenigen, die sich auch in den Commissions-Verhandlungen durch größere Berichte und Ausarbeitungen regelmäßig und wesentlich an den Geschäften des Parlaments betheiligt haben. Außer den Genannten erinnern wir für die bevorstehenden Nachwahlen noch namentlich an folgende Mitglieder der national-liberalen Partei: Jung, Dr. Lüning, H. B. Oppenheim, Prediger Richter, Schröder, Prince-Smith.

Aus Baden. Die Kammer ist jetzt versammelt; das zweite Haus zählt 63 Mitglieder, von welchen die Wahlen für 9 noch ausstehen. Eine ziemliche Anzahl homines novi ist in die Kammer gelangt, deren Eigenschaften sich erst noch erproben müssen; Männer von hervorragend politischer Begabung, geborene Führer zählt die Kammer nicht; die national-liberale Mehrheit ist sehr bedeutend; an einer Kritik der finanziellen Anforderungen namentlich wird es deshalb aber doch nicht fehlen, da männiglich ungern neue Steuern be=

Bevölkerung, theils die talentvolle, theils die abenteuerliche, aus dem Lande anziehen. Viele suchen in einer großen Stadt, sei es auf einer reellen oder auf einer nicht reellen Basis ihr Fortkommen. Der Berliner Schwindel ist ja bekannt. Unter 100 Personen giebt es 12, die eine eigentliche bestimmte Beschäftigung nicht haben, also Bummler sind. Es giebt in Berlin Geistliche, Gelehrte, Künstler 1,9 pCt., höhere Beamte 0,7 pCt., Subalternbeamte 1,9 pCt., Aerzte, Thierärzte, Apotheker 0,5 pCt., Kaufleute und Fabrikanten 10 pCt., Gärtner, Landwirthe 1 pCt., Tagelöhner und Handarbeiter 9 pCt., Pensionäre, Rentiere, 7,1 pCt.; dann kommen Handwerker, Gehilfen u. s. w. und schließlich auch die Bummler mit 12,6 pCt. Die Sache hat eine politische Bedeutung. Wenn man sich fragt: woher haben die Wähler in Berlin ihren Ursprung? so braucht man nur diese Zahlen zu vergleichen, und man sieht, daß der überwiegende Theil von außerhalb hier zusammenfließt und also ein Element ist, welches sich die Wege nach allen Seiten hin offen hält und sich nicht ansässig macht. Nimmt man noch die 46,808 Schlafleute hinzu, da ja alle Personen berechtigt sind, an den Wahlen Theil zu nehmen, so ist es natürlich, daß das liberale, das demokratische Element hier in Berlin überwiegt. Schließlich darf ein Element der Bevölkerung nicht unterschätzt werden. Es sind dies die Juden. Diese sind Jahrhunderte lang unterdrückt gewesen, und nun allmälig in eine freie Bewegung hineingekommen. Da ist es natürlich, daß sie, die zum Theil noch Rechte zu erkämpfen suchen, welche sie noch nicht besitzen, der Opposition angehören. Es sind in Berlin 24,189, also 4 pCt. dem Judenthum angehörige Personen vorhanden.

zahlt und die Anforderungen des „Cäsarismus“ an Menschen und Geld natürlich unliebsam sind. Sie dürfen mir auf das Wort glauben, daß ich diese Ansichten theile und mich in dieser Beziehung mit zahlreichen Preußen als Gesinnungsgenosse fühle; nur weiß ich nicht recht, wie ich mich der Anforderung entschlagen soll, Angesichts der in Europa bestehenden Zustände und der ziemlich unverhüllten ausländischen Bedrohung. An dem Sieg der deutschen konstitutionellen Ideen, an dem endlichen Sieg zweifle ich nicht; wenn es sich also darum handelt, mit materiellen Opfern, die immerhin nicht erdrückend sind, über eine nationale Krisis hinwegzukommnn, so muß man dies von der Vorsehung verhältnißmäßig „billig“ finden. Jedenfalls können wir uns nicht dazu verstehen, um der Steuerhöhung willen in eine dauernde Trennung Deutschlands oder gar in ein französisches Protektorat zu willigen. Diese Anschauung findet man in allen Kreisen, welche über politische Dinge überhaupt denken oder auch nur patriotisch fühlen, vertreten, womit nicht gesagt sein soll, daß es nicht gesagt sein soll, daß es nicht gelingen könne, in den bezüglichen Schichten der Bevölkerung durch entsprechende Handhabung der Presse auch für eine unpatriotische Geldbeutelpolitik mit obligatem Preußenhaß einige Propaganda zu machen. Ganz falsch ist es aber, wenn man mit der Kreuzzeitung diese Weltanschauung als die landläufige oder gar ausschließliche in Süddeutschlnnd verzollen will. Der Partikularismus hat selst in Würtemberg den nationalen Zug nicht ganz zu unterdrücken vermocht; Baden nahm aber von je zu diesen Fragen eine andere, opferfähigere Stellung ein. Was endlich Baiern betrifft, so mag die Regierung ihre begreifllichen Aenstlichkeiten und auch großmächtige Anwandelungen haben. Das Volk aber denkt deutsch und weder exklusiv süddeutsch, noch rheinbündisch. Fragen Sie Ihre Juristen, die etwa zur Zeit der Salzburgerei Beobnchtungen machen konnten! Es ist der Kniff einiger Eiferer, zwischen Nord und Süd eine klaffende Wunde zu malen, die in der That nicht existirt, wenn wir sie uns nicht selber schlagen.

Karlsruhe, den 6. September. Der Alterspräsident Beck eröffnete am 6. d. die erste Sitzung der zweiten Kammer mit einer Rede, aus der wir Folgendes mittheilen:

„Der Landtag, den wir jetzt beginnen, verspricht für die Zukunft unseres Landes einer der wichtigsten und folgereichsten seit Einführung der Verfassung zu werden. Im Innern sollen wir an dem Ausbau unseres Rechtsstaates rüstig fortarbeiten. Anderseits sind wir endlich dem von allen deutsch-patriotischen Herzen längst heiß ersehnten Ziele nahe gekommen, unser Heimathland, das wir uns in langer Arbeit zu einem wohnlichen und stattlichen Haus hergerichtet, in dem Haupt und Glieder durch ein und denselben Geist innig verknüpft und wohl sich fühlen, das wir, so wahr Gott im Himmel waltet, auch für alle Zukunft in dieser edlen, von der ganzen Nation geachteteten Eigenart erhalten wissen wollen, ist jetzt so vorzubereiten, daß es seinerseits als ein tüchtiges lebendiges Glied, in den Aufbau des großen deutschen Vaterlandes einzutreten, fertig dastehe. Glücklicher Weise bedarf es bei uns nach der ganzen Lage der Dinge weniger der Worte und Rede, als des entschlossenen und umsichtigen Handelns; es bedarf der rechten Mannesthat, die an diesem Platze, an den uns das Vertrauen unserer Mitbürger berufen, das Erzeugniß der gleich lauteren und wahren Liebe zum Fürsten wie zum Volke, aber auch des festen Willens und des vielleicht nicht geringen Muthes sein wird, uns selbst zu verleugnen, zu mäßigen und im eigenen Hause uns zu beschränken, um die Opfer bringen zu können, die überall unausbleiblich sind, wo ein großes Werk geschaffen werden soll. Je entschlossener wir uns zu solchem Thun wenden, desto rascher und besser werden wir unsere Aufgabe lösen und durch Handeln mehr als durch Reden dem Vertrauen und der Hoffnung des Landes entsprechen, zugleich aber auch die berechtigten Erwartungen unserer Mitbürger befriedigen.“

Oesterreich.

— Herr von Beust weilt in Eisenerz, um dem Kaiser „vorzutragen.“ Die Bildung des cisleithanischen Ministeriums dürfte jedenfalls bei dieser Gelegenheit zur Sprache kommen, aber es ist dies gewiß nicht der einzige Gruud der Reise des Reichskanzlers an das kaiserliche Hoflager. Man wird kaum irren, wenn man annimmt, daß Herr v. Beust das Bedürfniß fühlt, persönlich an maßgebendster Stelle den Intriguen der feudalen Clique entgegenzutreten, welche während seiner Abwesenheit tüchtig gearbeitet hat. — Mit Interesse verfolgt man in Wien (d. 7.) die Verhandlungen des ersten österreichischen Lehrertages, zumal man den Mitgliedern desselben nicht den Muth zugetraut hatte, so klar uud offen die Wahrheit auszusprechen. Es ist der Geist der mannhaften Opposition gegen den Geisteszwang in der Schule, welcher die Verhandlungen kennzeichnet; das Konkordat und seine Konsequenzen haben wohl niemals eine so herbe Kritik zu erfahren gehabt, als dies in den letzten Tagen im Schooße der Versammlung der österreichischen Lehrer der Fall gewesen.

Großbritannien.

— Es ist löblich und erfreulich, daß nach der Unterdrückung des Fenieraufstandes in Irland kein politischer Verbrecher mit dem Tode bestraft worden ist, aber an der Behandlung im Gefängniß sollen bereits mehrere junge Fenier gestorben sein. Bekanntlich hat Lord Naas (Staatssekretär für Irland) im Unterhause eingeräumt, daß die Kost in den irischen Gefängnissen nicht nahrhaft genug scheine. Dies ist wenn man Dubliner Blättern glauben darf, nur ein sehr kleiner Theil der Wahrheit; sie erzählen Geschichten, die beinahe an das Jahr 1849 erinnern, als man in Londoner Gefängnissen die verurtheilten Chartisten mit einer Thierquälerei behandelte, die (nach dem Ausdruck von „Daily News“) Niemand sich gegen eine „Hyäne im Käfig“ erlauben würde. Ein Mr. Joyel, der jüngst noch wegen Verdachts fenischer Gesinnung im Mountjoy-Gefängniß saß, sitzt jetzt im Irrenhause. Er hat nach eigenem Geständniß sich wahnsinnig gestellt, um der Disziplin im Mountjoy (dem besten Gefängniß in Irland) zu entrinnen, obwohl er wußte, daß man irrsinnige Verbrecher eben auch nicht mit Sammthandschuhen anfaßt. Den schlimmsten Ruf hat das Naas-Gefängniß; mit einer Versetzung dahin bedroht oder bestraft man die Verurtheilten beim geringsten Verstoß gegen die Hausregeln. Dort starb Finigan nach wenigen Monaten, dort liegt jetzt Kearney, ein früher robuster Jüngling, im Sterben. Dort starb endlich der junge Stowell nach 3 Monaten Aufenthalt. Er erhielt 13 Unzen Brot und anderthalb Pinten Milch täglich, keine andre Nahrung, und wurde dabei zu schwerer Strafarbeit angehalten. Noch im letztem Stadium der Abzehrung mußte er 12 Stunden täglich „oakum“ (alte Taue zu Werg) zupfen. Auf ein zweimaliges, von ärztlichen Zeugnissen unterstütztes Gesuch seiner Mutter, daß man das Leben ihres Sohnes schonen möge, antwortete der Lord Statthalter abweisend. Stowel war blos zu 1 Jahr Haft verurtheilt, aber daraus machten die Behörden ein Todesurtheil. Diese von irischen Aerzten und andern Zeugen von einem Friedensrichter beschwornen Fakta wurden kurz vor der Parlamentsvertagung von Mr. Th. Hughes, Parlamentsmitglied für Lambeth, dem Staatssekretär für Irland vorgelegt. Welches Resultat die Vorstellung haben wird, erfährt man vielleicht in der nächsten Session. — Die Vorbereitungen für den abyssinischen Feldzug nehmen ihren Fortgang.

— Das Telegramm, welches die Freilassung der abyssinischen Gefangenen meldete, hat noch keine Bestätigung erfahren; auch ist im auswärtigen Amte noch kein directer Bericht von der Gesandtschaft in Constantinopel, der die Anzeige zuerst zugegangen sein soll, eingetroffen. Uebrigens trug jene Depesche das Datum: Constantinopel, 3. Septbr. Wenn sie Wahrheit redete, so müßte die Kunde von der Befreiung über Aegypten nach der Türkei gelangt sein; und befremdlich bleibt es daher, daß die britischen Vertreter in Aegypten, etwa der Consul in Alexandria, nicht eher schon die Mittheilung gemacht haben sollten. Die Rüstungen zu dem abyssinischen Feldzuge werden daher einstweilen ihren Gang nehmen müssen. In Indien ist man, wie die neuesten Berichte ersehen lassen, sehr zufrieden darüber, daß die Regierung endlich Ernst gegen den Kaiser Theodor zu machen anfängt. Dort war man so von der Nothwendigkeit einer Züchtigung des halbbarbarischen Monarchen überzeugt, daß sich schon Freiwilligencorps zu einem Zuge gegen Habesch auf eigene Hand zu formiren begannen, und ein Gesinnungsgenosse, den hohes Alter von persönlicher Theilnahme abhielt hatte 2000 Lstrl. als Beitrag zu den Ausrüstungskosten angeboten.

Spanien.

— Bei Hofe herrscht große Befriedigung über das Scheitern des Aufstandes; man glaubt jetzt so weit zu sein, daß man Marschall Narvaez durch General Pezuela ersetzen kann, unter welchem dann Nocedal das Ministerium des Innern übernehmen würde. Die Blätter der jungkatholischen Partei begeistern sich bereits für die Wiederherstellung der heiligen Inquisition, die sie von einem Ministerium Pezuela-Nocedal erwarten. — Eine Proklamation des Marschalls Narvaez vom 4. beglückwünscht die Truppen wegen ihrer Treue gegen die Königin und ihre Fahne, und fordert sie auf, in der Ausführung ihrer Pflichten auszuharren.

Provinzielles.

Die Reichstagswahlen in der Provinz Preußen. Gewählt sind in dem Regierungsbezirk Königsberg. 1. Memel-Heydekrug. General von Moltke. 2. Labiau-Wehlau. Oberpräs. Eichmann. 3. Stadt Königsberg. General Vogel v. Falkenstein. 4. Kreis Königsberg-Fischhausen. Landrath v. Hüllessem. 5. Heiligenbeil-Pr. Eylau. Landrath von Kalkstein. 6) Braunsberg-Heilsberg. Prof. Pohlmann (klerikal). 7. Pr.-Holland-Mohrungen. v. Below-Hohendorf. 8. Osterode-Neidenburg. v. Weitzel-Osterwein. 9. Allenstein-Rössel. General Vogel von Falkenstein. 10. Rastenburg-Gerdauen-Friedland. Freiherr von Romberg-Gerdauen. — Regierungsbezirk Gumbiunen. 1. Tilsit-Niederung. Graf Keyserling-Rautenburg. 2. Ragnit-Pilkallen. Gutsbesitzer Sperber-Gerkskullen. 3. Gumbinnen-Insterburg. Prinz Albrecht. 4. Stallupönen-Goldapp-Darkehmen. Handelsmtnister Graf Itzenplitz. 5. Angerburg-Lötzen. Graf Lehndorff-Steinort. 6. Oletzko-Lyck-Johannisburg. Kreisdep. von Simpson-Georgenburg. 7. Sensburg-Ortelsburg. v. Salzwedel-Pölschendorf. — Regierungsbezirk Danzig. 1. Elbing-Marienburg. Geh. Reg.-R. v. Brauchitsch auf Kl.-Katz bei Danzig. 2. Kreis Danzig. Ob.-Reg.-R. v. Auerswald in Danzig. 3. Stadt Danzig. Abg. Kreisr. Lesse (lib.) 4. Neustadt-Carthaus. Czarlinski (Pole). 5. Berent-Pr. Stargardt. von Jackowski-Lippinken (Pole). Regierungs-Bezirk Marienwerder. 1. Stuhm-Marienwerder. Engere Wahl zwischen v. Donimirski auf Buchwald (Pole) und Gutsbesitzer Konrad-Fronza (nat.-lib.) 2. Rosenberg-Löbau. Graf Dohna-Finckenstein. 3. Graudenz-Strasburg. Abg. v. Hennig in Berlin (nat.-lib.) 4. Thorn-Culm. Justizrath Dr. Meyer in Thorn (nat.-lib.) 5. Schwetz. Engere Wahl zwischen v. Rozycki-Biechowek und Rittergutsbesitzer Techow-Morsk (lib.) 6. Konitz. Stanislaus v. Radkiewicz-Briesen (Pole). 7. Schlochau-Flatow. Reg.-Präs. Graf Eulenburg in Marienwerder. 8. Deutsch-Crone. Rittergutsbesitzer Günther-Marzdorff.

Sämmtliche Abgeordnete mit Ausnahme derjenigen, bei denen eine politische Farbe angegeben ist, sind konservativ.

Culm, den 9. September. Der heutige „Przyj. ludu“ bemerkt, daß das bekannte Vorgehen des Staatsanwalts Ruffmann aus Schubin in der französischen und englischen Presse ein gewaltiges Aufsehen erregt habe. Das Blatt theilt übrigens weiter noch mit, daß auch die Regierung in Bromberg die Schullehrer vor dem „Przyj. ludu“ warne, und daß deutsche Besitzer im Posenschen ihre Arbeiter entlassen haben, weil sie genanntes Blatt halten.

△ Flatow, den 9. September. In der nahe von uns gelegenen Stadt Lobsens scheinen Halsabschneidereien und Erhängen zur Tagesorduung zu gehöreu. Im Herbste v. J. erhängten sich zu gleicher Zeit arbeitsscheue und genußsüchtige Weibspersonen aus dem Proletariat und vergangenen Sonnabend machte der frühere Conditor W. ein Individuen, welches in dem Genusse des Gutessens und Guttrinkens und in der Bequemlichkeit sein höchstes Glück suchte, seinem Leben ein Ende, indem er sich mittelst eines Rasirmessers den Hals durchschnitt. Vor ungefähr 3 Wochen wurde daselbst ein israelitischer Goldschmidt wegen Wechselfälschung zu mehrmonatlicher Gefängnißstrafe nach Schneidemühl verurtheilt. Um allen Leiden zu entgehen, erhängte sich derselbe in seiner Zelle.

Das letzte Kreisblatt zeigt an, daß in Krojanke und Cammin, sowie in 25 umliegenden Dörfern die Schafpocken ausgebrochen sind, weshalb die Gehöfte dieser Besitzer für den Verkehr mit Schafen, Wolle, Fellen und Rauchfutter bis auf Weiteres gesperrt sind.

Zwei Lehrer in der Provinz Brandenburg wollen sich mit einer Petition, in welcher dieselben die schlechte pecuniäre Lage der Volksschullehrer schilderten und die mit Tausenden von Unterschriften aus allen Provinzen der preußischen Monarchie versehen ist, direct an Sr. Majestät unsern König wenden. Sämmtliche Lehrer unserer Stadt haben dieses Cirkular bereits unterschrieben.

Posen. Der Erzbischof von Posen hat durch den Prodecan von Miloslaw eine Untersuchung gegen einen Geistlichen einleiten lnssen, weil derselbe an einer am 24. Juli abgehaltenen Vorwahlversammlung in Wreschen Theil geuommen hat.

Königsberg. An der von auswärtigen Blättern gebrachten Nachricht, daß der Chefpräsident des ostpreußischen Tribunals, Kanzler v. Zander, um seine Entlassung aus dem Staatsdienste nachgesucht habe, ist — so sagt die „Ostpr. Ztg.“ — kein wahres Wort.

Verschiedenes.

— In der Wahlnrne des 268. Wahlbezirks im 6. Berliner Wahlkreise fand man, wie der „Soc.-Dem.“ mittheilt, einen Wahlzettel mit folgendem Inhalt:

„Her Schulze-Delitzsch offen spricht;
Entfesselt nur die Bestie nicht!
Herr Neuhaus ist ein Mann ganz nett,
Doch macht den Kohl er auch nicht fett.
Der Arbeitsmann mit schwiel'ger Faust,
Dem hilft kein Schulze, kein Neuhaus:
Ein Garibaldi fehlt uns jetzt,
Der alle die zum Teufel hetzt,

die den Arbeiter aussaugen und durch glatte Worte täuschen. Drum wähle ich: Giuseppe Garibaldi, auf der Insel Caprera im Königreich Italien, den tapfern Kämpfer für Freiheit und Recht.“

Lokales.

— **Friedens-Gesellschaft für Westpreußen.** Nach dem uns zugegangenen, 51. Jahresbericht dieser Gesellschaft pro 1867 hat sich ihre Einnahme durch den Zutritt von 15 neuen Mitgliedern erhöht und dadurch ihre Wirksamkeit für die Folge erweitert.

An der Spitze des Verwaltungsausschusses steht als erster Vorsteher der Geheime Justizrath von Groddeck.

In der am 20. September v. J. abgehaltenen General-Versammlung fanden von 33 Bewerbern 21 Berücksichtigung, unter ihnen der Student Otto Carnuth und der verstorbene Bau-Akademiker Arthur Wallesch aus Thorn.

Von den 21 Stipendiaten haben sich 14 den Wissenschaften, 6 den Künsten und höheren Gewerben gewidmet, während einer sich noch auf dem Gymnasio befand. Von den Erstgenannten befleißigten sich 4 der Philologie, 4 der Geschichte, 3 der Theologie, 2 der Mathematik, 1 der Medizin, 2 der Baukunst, 2 den höheren Gewerben, der Malerei und 1 der Bildhauerkunst.

Es sind von ihnen: 7 aus Danzig, 3 aus Elbing, 2 aus Thorn, 2 aus Culm, 1 aus Graudenz, 1 aus Gunthen, 1 aus Lobsens, 1 aus Bischofswerder, 2 aus Conitz, 1 aus Gr. Krebs.

An Mitgliedern hat die Gesellschaft theils durch den Tod, theils durch Austritt im verflossenen Jahre 13 verloren, dagegen sind 28 Mitglieder derselben beigetreten, so daß sich zur Zeit die Zahl der Mitglieder auf 225 beläuft, und zwar 123 aus Danzig, 18 aus Elbing, 25 aus Thorn, 23 aus Graudenz, 5 aus Marienwerderder, 31 aus verschiedenen Orten.

Die Einnahme der Gesellschaft p. 3 August 1866/1867 betrug 1385 Thlr., die Ausgabe 1282 Thlr., Bestand 102 Thlr., ihr zinsbar angelegtes Kapitalvermögen 19,810 Thlr.,

zur Vertheilung für das nächste Verwaltungsjahr 1867/1868 hat dieselbe 1404 Thlr.

— **Handwerkerverein.** In Folge des Beschlusses der General-Versammlung vom v Donnerstag, d 5, hatte am Montag, d. 9. eine Versammlung der Mitglieder des Vorstandes und der Commission statt, von welcher 12, die Mehrzahl, anwesend waren. Zu dem früheren gewerbetreibenden Bewerbern um ein Reise-Stip ndium, von welchem Herr Schlossermeister Putschbach nunmehr aus Rücksicht auf sein Geschäft die Anmeldung zurückzog, kamen jetzt noch 3 Gewerbetreibende, welche sich beim Vorsitzenden Herrn G. Prowe gemelget hatten. Nach einer länger n Besprechuug über die Persönlichkeiten der Bewerber schritten die Versammelten zur Abstimmung und erhielten Stimmen die Herren: Schlossermstr. Tilck, Schuhmachermstr. Rob. Geschke und Klempnermstr. Wulff. Bei der engeren Wahl zwischen den beiden erstgenannten Bewerbern trat Stimmengleichheit ein und mußte nun das Loos entscheiden, welches sich für Herrn Geschke aussprach. Da die Abstimmung beide Bewerber als gleich tüchtig bezeichnet hat, so wäre es wünschenswerth wenn dem Handwerkerverein noch 60 Thlr. als Reisestipendium auch für den zweiten Bewerber zur Disposition stehen möchten. Es könnte dann der ursprüngliche Plan des Vereins, nemlich einen Holzarbeiter, einen Lederarbeiter uud einen Eisenarbeiter nach Paris behufs Besichtigung der Weltausstellung zu senden, realisirt werden.

— **Ein heidnisches Grab.** Der „Graud. Ges." schreibt: Auf der Feldmark der Briesener Plebanei, am Abhange des Seeufers stießen dieser Tage Arbeiter beim Graben nach Steinen zum Chausseebau auf ein heidnisches Grab. Nach Art jener uralten Grabkammern bildete dasselbe ein Viereck von 6—7 Fuß Länge und gegen 4 Fuß Breite, an deren Seiten von etwa 3 Fuß hohen, zum Theil grob bearbeiteten, flachen Granitsteinen umsetzt, woraus ebenfalls die Decke bestand. Im Innern dieser sogenannten Ste nkiste befanden sich auf sorgfältig geglättetem Kiesboden 18 Urnen (Henkelurnen) oder Aschenkrüge, theils krug-, theils napfartig, von einigen Zollen bis über einen Fuß Höhe derartig aufgestellt, daß die größeren Exemplare den Mittelpunkt bildeten. Leider wurden durch die Unachtsamkeit und Unkunde der Arbeiter, welche einen Schatz zu finden wähnten, die Mehrzahl der Urnen zerbrochen und nur einige ziemlich gnt erhaltene Exemplare gingen in Besitz des Herrn Hartwich auf Prussy über. — Ob diese Urnen, die übrigens eine nicht unbedeutende Fertigkeit in Handhabung der Thonscheibe voraussetzen lassen, — aus der Stein-, Bronce- oder Eisenperiode herrühren, wonach man annähernd ihr Alter bestimmen könnte, läßt sich nicht feststellen, da sie weder in noch um sich die geringste Spur von Geräthschaften bargen, sondern nur Asche und gebrannte Knochen enthielten.

— **Postverkehr.** Als unbestellbar ist an das Kgl. Postamt zurückgekommen: ein recommandirter Brief, an Fräulein Louise Wessel zu Briesen adressirt, eingeliefert hierselbst am 13. August cr. Der nicht zu ermittelnde Absender dieses Briefes Johann Gelhardt hat sich zur Empfangnahme derselben innerhalb 4 Wochen hier zu melden.

Agio des Russisch-Polnischen Geldes. Polnisch-Papier 19 pCt. Russisch-Papier 18 2/3 pCt. Klein-Courant 21 pCt. Groß-Courant 10 pCt. Alte Silberrubel 8 pCt. Neue Silberrubel 5—6 pCt. Alte Kopeken 10—12 pCt. Neue Kopeken 15 pCt.

Amtliche Tages-Notizen.

Den 10. Sept. Temp. Wärme 9 Grad. Luftdruck 28 Zoll 2 Strich Wasserstand 2 Fuß 7 Zoll.
Den 11. Septbr. Temp. Wärme 10 Grad. Luftdruck 28 Zoll 1 Strich. Wasserstand 2 Fuß 6 Zoll.

Das Hamburger Post-Dampfschiff „Teutonia", Capitain Bardua, welches am 17. August von New York abgegangeu und am 29. August in Cowes angekommen war, traf heute Morgen wohlhalten auf der Elbe ein. Die Reisedauer betrug demnach von New York bis Cowes 11 Tage 10 Stunden, von Cowes bis zur Elbe 1 Tag 17 Stunden, im Ganzen also 13 Tage 3 Stunden. Das Schiff überbrachte außer einer starken Brief- und Packetpost für Hamburg, 66 Passagiere, von denen 24 in den Cajüten und 42 im Zwischendeck reisten.

Hamburg, den 31. August 1867.

Inserate.

Verantwortlicher Redakteur **Ernst Lambeck** — Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei von **Ernst Lambeck.**